
Polen und die Europäische Union

Vorgeschichte

Polens Verbindungen zu Europa spielten schon lange Zeit vor dem EU-Beitritt im Jahre 2004 eine Rolle, denn schon Mitte des 10. Jahrhunderts erlangte Polen große Bedeutung für den Kontinent. Im Jahre 966 ließ sich Herzog Mieszko I. taufen, woraufhin viele Untertanen ihm folgten. Dieses Ereignis wird als Christianisierung Polens angesehen und stellt Polens Eintritt in die Geschichte Europas dar. Nachdem andere Gebiete wie Böhmen und Mähren schon zuvor christlich geworden waren und die Christianisierung der Kiever Rus' etwa gleichzeitig begann, konnte Herzog Mieszko seine Herrschaft ausgehend vom Stammesgebiet der sogenannten Polanen mit dem Kerngebiet Großpolen ausweiten. Sein Sohn und Nachfolger Bolesław I. Chrobry erwarb weitere Gebiete für sein Reich dazu wie Teile Pommerns, Schlesiens und der Lausitz. Unter Chrobry erhielt Polen 1025 möglicherweise den Status eines Königreichs. In den wechselvollen Jahrhunderten danach schwankte die Größe des Reichs beträchtlich. Ein Wendepunkt war erreicht, als Königin Jadwiga 1386 den – frisch getauften – litauischen Großfürsten Jogaila (Jagiello) heiratete und ein Staatsverband entstand, der sich allmählich zu einer europäischen Großmacht entwickelte. Spätestens mit der Lubliner Union von 1569, der die beiden Reichsteile noch enger aneinander band, gehörte das Land zu den größten und mächtigsten Staaten in Europa. Im weiteren Verlauf führten mehrere Kriege und innenpolitische Unruhen im 17. Jahrhundert dazu, dass Polen-Litauen in eine Krise stürzte. Russland, Preußen und Österreich nutzten dies für ihre Interessen und teilten Polen in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts untereinander auf. Zu einer Wiederentstehung des polnischen Staates konnte es erst nach dem Ersten Weltkrieg kommen, den alle drei Teilungsmächte verloren hatten. Im Friedensvertrag von Versailles aus dem Jahre 1919 wurde die Unabhängigkeit Polens festgelegt. Doch die Souveränität Polens nach dem Ersten Weltkrieg hielt nicht lange: Deutschland und die Sowjetunion fielen 1939 in Polen ein und teilten es sich untereinander auf. Im besetzten Polen setzte eine deutsche Terrorherrschaft ein, die Millionen Menschen das Leben kostete. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde der polnische Staat auf Wunsch der sowjetischen Führung nach Westen verschoben und geriet unter kommunistische Herrschaft. In der „Volksrepublik Polen“ wurden schrittweise alle demokratischen Kräfte ausgeschaltet. Die Proteste gegen die wirtschaftliche (und gesellschaftliche) Lage eskalierten in den Unruhen von 1956, 1968 und 1970, bevor sie 1980 ihren Höhepunkt erreichten und zum Entstehen der unabhängigen Gewerkschaft „Solidarność“ (Solidarität) führte, die mit der Ausrufung des Kriegsrechts im Dezember 1981 wieder verboten wurde. Erst 1989 wurde die Gewerkschaft wieder zugelassen. Die demokratischen Kräfte gewannen nach den Verhandlungen am Runden Tisch im selben Jahr die ersten halbfreien Wahlen. Dies markiert das Ende des Kommunismus in Polen und den Beginn eines demokratischen Polens auf marktwirtschaftlicher Grundlage.

Polen und Europa nach 1989

Ein Leitmotiv war dabei die „Rückkehr nach Europa“, verstanden als Herauslösung aus dem sowjetischen Herrschaftsbereich und Eingliederung in die politischen und wirtschaftlichen Strukturen des Westens. Konkret hieß das, dass man die Aufnahme in die EG (später EU) und in die NATO anstrebte. Zugleich mussten die Beziehungen zu den neuen Nachbarn im Osten wie im Westen neu verhandelt werden. Die Verhandlungen über einen Beitritt Polens zur Europäischen Gemeinschaft begannen bereits mit der Wende 1989. Als erster formaler Schritt hin zu einer EU-Mitgliedschaft wurde 1991 ein **Europa-Abkommen** abgeschlossen, welches 1994 in Kraft getreten ist. Mit dem Abkommen wurde eine erste Grundlage für eine wirtschaftliche und politische Reform geschaffen sowie ein institutioneller Rahmen und die Rechtsgrundlage für die Beziehungen zwischen Polen und der EU gebildet. Alle gemeinsamen

Interessensbereiche wie z.B. Landwirtschaft, Finanzen oder Wirtschaft wurden damit geregelt. Daraufhin reichte Polen am **5. April 1994** offiziell seine Bewerbung für einen EU-Beitritt bei der Europäischen Kommission ein. Es folgte eine schwierige und mehrere Jahre andauernde Verhandlungsphase.

Zu Beginn waren diese Verhandlungen vor allem von Hoffnungen auf eine schnellere Modernisierung des Landes begleitet. Je weiter sie fortschritten, desto kritischer wurde die Einstellung der polnischen Bevölkerung, die bald befürchtete, eine weitere Liberalisierung des Handels, der ungehinderte Zugang von ausländischen Investitionen und die politischen Verpflichtungen, die sich aus der Mitgliedschaft ergeben würden, könnten Polen seiner Souveränität und kulturellen Identität berauben und zur Verarmung des Landes und zu einer höheren Arbeitslosigkeit führen. Schließlich stimmten aber 2003 in einem Referendum über 77 % der an der Abstimmung teilnehmenden Polen für den **EU-Beitritt**. Auch in einigen EU-Mitgliedsländern wuchsen die Ängste vor einer ungehinderten Einwanderung von Polen und davor, dass Arbeitskräfte aus Polen die Löhne nach unten drücken könnten. Bereits kurz nach dem Beitritt am **1. Mai 2004** erwies sich jedoch, dass fast alle Befürchtungen unberechtigt gewesen waren. Polen emigrierten vor allem nach Großbritannien, Irland, Schweden und Norwegen, also in Länder, die ihren Arbeitsmarkt geöffnet hatten. Dort war die Arbeitslosigkeit niedriger, es wurden zusätzliche Arbeitskräfte gebraucht und die bürokratischen Hürden für eine Arbeitsaufnahme waren geringer als in Deutschland, Österreich und Frankreich. Polens Bauern, die vor 2004 mehrheitlich gegen den EU-Beitritt gewesen waren, wurden dank der EU-Agrarsubventionen nun zu EU-Nutznießern und Befürwortern der Mitgliedschaft. Umfangreiche, von der EU geförderte Infrastrukturmaßnahmen (u.a. Ausbau des Autobahn- und Eisenbahnnetzes) und die **Aufhebung der Grenzkontrollen** im Rahmen des Schengener Abkommens (Beitritt Polens am 21. Dezember 2007) sorgten dafür, dass die Unterstützung für die EU-Mitgliedschaft in Polen sehr hoch und stabil blieb. Probleme brachte die neue EU-Außengrenze vor allem für Polens östliche Nachbarn, für die es nun schwieriger wurde, nach Polen zu reisen und mit Polen Handel zu treiben. Das gesteigerte Selbstbewusstsein Polens machte sich nach dem EU-Beitritt auch innerhalb der EU-Institutionen bemerkbar. Nach anfänglicher Passivität entwickelte Polen immer mehr Initiativen zur Zusammenarbeit zwischen der EU und Polens östlichen Nachbarn. Am 1. Juli 2011 übernahm Polen erstmals die **EU-Ratspräsidentschaft**. In den Leitlinien zur Präsidentschaft war das Selbstbewusstsein nach der gelungenen „Rückkehr nach Europa“ deutlich erkennbar. Auf der Agenda standen die Liberalisierung des Binnenmarkts, das Ankurbeln des Wachstums, aber auch die Solidarität, was sich nicht zuletzt in der Offenheit gegenüber einer EU-Erweiterung und besonders im Engagement für die Östliche Partnerschaft sowie in der Unterstützung der Demokratisierung in den arabischen Ländern gezeigt hat. 2014 wurde außerdem der bisherige Ministerpräsident Polens Donald Tusk neuer Präsident des Europäischen Rates.

Mit Übernahme der Regierungsgeschäfte durch die Partei **Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS)** Ende 2015 haben sich die Beziehungen Polens gegenüber EU gewandelt. Durch die positive gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung der vorangegangenen 30 Jahre hat das Land weiter an nationalem Selbstwertgefühl dazugewonnen. So betrachtet die neue polnische Regierung bestimmte Vorgaben vonseiten der EU weiterhin als Einflussnahme auf seine nationale Souveränität. Dabei zielt ihre außenpolitische Haltung außerdem auf eine möglichst eigenständige Position innerhalb der europäischen Gemeinschaft ab. Obwohl die Zustimmung zur EU in der polnischen Bevölkerung insgesamt hoch ist, ergeben sich mehrere Konfliktpunkte zwischen der rechtskonservativen PiS-Regierung und der EU-Kommission: Mit Herausbildung nichtliberaler demokratischer Strukturen führt vor allem der Umbau der öffentlich-rechtlichen Medien und damit verbundene Einschränkungen bei der freien Meinungsäußerung sowie die Umsetzung von **Reformen im Justizwesen** zu Uneinigkeit. Durch die zunehmend unter politische Kontrolle der regierenden Mehrheit im Senat gebrachte Medienlandschaft und Rechtsprechung befürchtet die EU in Polen die Aushöhlung rechtsstaatlicher Grundwerte.

Gleichzeitig bringt die PiS immer mehr LGBT-diskriminierende Maßnahmen voran, wie z.B. die Errichtung von „LGBT-freien Zonen“ in bestimmten Landesteilen, um das Land vor einer angeblichen „LGBT-Ideologie“ zu schützen. Im Herbst 2020 wurde zudem das schon sehr strenge Abtreibungsrecht weiter verschärft. Diese sind nur einzelne von mehreren umstrittenen Maßnahmen, welche die PiS-Regierung vorangetrieben hat. Seitens der EU wurden all diese Maßnahmen immer scharf kritisiert, bei einigen wurden von der Europäischen Kommission sogar Vertragsverletzungsverfahren eingeleitet, da diese gegen Grundwerte der EU verstoßen. Für die umstrittenen Justizreformen wurde Polen vom **Europäischen Gerichtshof** zu einer Strafe von einer Millionen Euro für jeden Tag, an welchem sich Polen nicht an EU-Recht hält, verurteilt. Doch Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofs werden seitens der polnischen Regierung konsequent ignoriert. Das polnische Verfassungsgericht urteilte im Oktober 2021 sogar, dass Teile des EU-Rechts unvereinbar mit polnischem Recht sind. Von daher wird des Öfteren in den Medien von einem möglichen Austritt Polens aus der EU, einem „**Polexit**“, gesprochen. Nach dem Urteil des Verfassungsgerichts kam es in ganz Polen zu Protesteten für einen Verbleib in der EU mit mehreren zehntausenden Teilnehmern.

Arbeitsblatt 1

1. Richtig oder falsch? Kreuzen Sie mit Hilfe des Einführungstextes an, ob die Aussage über die PiS richtig (R) oder falsch (F) ist.

1	Im 16. Jahrhundert gehörte Polen-Litauen zu den größten und mächtigsten Staaten in Europa	R	F
2	1981 begannen die Verhandlungen über den Beitritt Polens zur EU	R	F
3	77% der Polen stimmten 2003 bei einem Referendum für einen EU-Beitritt Polens	R	F
4	Am 1. Juli 2011 trat Polen der EU bei	R	F
5	Donald Tusk war Präsident des Europäischen Parlaments	R	F
6	Seit dem die PiS in Polen regiert, verbesserte sich das Verhältnis Polens zur EU	R	F
7	Die EU kritisiert die Justizreform in Polen	R	F
8	Polen stellt nationales Recht über EU-Recht	R	F
9	Die EU verurteilte Polen für die Verletzungen des EU-Rechts zu einer Strafe von 1 Millionen Euro täglich	R	F
10	Es kam zu einem „Polexit“ und Polen verließ die EU zum 31.12.2021	R	F

2. Schauen Sie sich den Text noch einmal an und diskutieren Sie die Gründe, die Polen dazu bewegt haben, der EU beizutreten und was sich seit dem EU-Beitritt in Polen verändert hat. Diskutieren Sie außerdem, ob und inwiefern die Maßnahmen der PiS-Regierung seit 2015 mit den Grundwerten der EU (Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit, Achtung der Menschenrechte) vereinbar sind.

Arbeitsblatt 2

Lesen Sie die sechs Kommentare von Polen und Polinnen zur EU, die auf realen Interviews basieren (2021) und bearbeiten Sie die darunter stehenden Aufgaben.

Marcin, 35, Maler

Seit 2004 arbeite ich als Maler in Posen für einen Stundenlohn von 25 Zloty (ca. 5,50 Euro). Da meine Frau und ich vor kurzem eine Tochter bekommen haben und ich für meine Familie nun etwas mehr verdienen wollte, entschied ich mich dazu, für eine gewisse Zeit im Ausland zu arbeiten und bewarb mich auf eine Stelle in Berlin, wo ich dank dem EU-Beitritt problemlos arbeiten kann und fast das Dreifache verdiene. Da man problemlos ohne Visum und Grenzkontrollen nach Polen reisen kann, verbringe ich die Wochenenden mit meiner Familie in Posen.

Wanda, 58, Frührentnerin

Die EU treibt mich mit Ihrer Klimapolitik noch in den Wahnsinn. Mein ganzes Leben lang konnte ich unser Haus mit bezahlbarer Kohle beheizen, doch damit wird wohl bald Schluss sein, wenn die EU vorgibt, dass wir bis 2050 klimaneutral sein sollen. Wie sollen wir denn dann neue, klimaneutrale Energiequellen bezahlen mit den kleinen Renten von mir und der meines Mannes? Es wird ja jetzt schon damit begonnen, die Bergwerke zu schließen. Die EU soll sich einfach aus unserer Politik raushalten und unser Land machen lassen, wie es uns passt.

Jakub, 24, Student

Ich studiere Architektur in Krakau und hatte vor zwei Jahren die Möglichkeit ein Erasmus-Semester (Auslandssemester) in Barcelona zu verbringen. Es war eine super Erfahrung, ich hatte so die Möglichkeit eine Zeit lang im Ausland zu leben, in einer anderen Sprache zu studieren und habe außerdem viele Leute aus verschiedenen Ländern kennengelernt, mit denen ich viel gereist bin. Dazu habe ich auch noch finanzielle Unterstützung von der EU erhalten. Meine Eltern hatten solche Möglichkeiten leider noch nicht, als sie in meinem Alter waren.

Iga, 16, Schülerin

Ich gehe aktuell in Radom zur Schule und mache in zwei Jahren mein Abitur. Mein Traum ist es, nach dem Abitur Politikwissenschaften in Frankreich zu studieren, weil da die Universitäten besser sind als hier in Polen und weil es einfach ein weltoffeneres und toleranteres Land ist als Polen gerade. Momentan ist das problemlos möglich, weil ich z.B. kein Visum benötige. Wenn die Regierung sich aber weiter so mit der EU streitet, habe ich Angst, dass wir bald aus der EU austreten und es dann für mich schwieriger wird im Ausland zu studieren.

Tomek, 49, Arbeiter im Braunkohle-Abbau

Seit Jahren arbeite ich hier in Turów im Braunkohle-Tagebau und habe einen guten Job, mit welchem ich und meine Familie hier ein gutes Leben führen können. Doch die EU will uns vorschreiben, dass der Tagebau geschlossen werden soll. Das wäre eine Katastrophe für mich und Hunderte weitere Mitarbeiter. Die EU soll sich gefälligst aus dem polnischen Energiesektor raushalten und uns nicht vorschreiben, welche Standards hier gelten. Ich sehe die Souveränität Polens als gefährdet, wenn es so weitergehen sollte.

Piotr, 55, Möbelunternehmer

Nach dem Beitritt zur EU, habe ich ca. 2 Millionen Złoty Subventionen erhalten, wodurch ich mein Unternehmen vergrößern konnte und nun meine größten Kunden in den Niederlanden, in Belgien und in Frankreich habe. Vorher war ich nur auf dem polnischen Markt tätig, aber dank dem EU-Beitritt kann ich nun ohne Probleme in alle Länder innerhalb der EU exportieren, wovon ich und meine Mitarbeiter profitieren. Das gilt nicht nur für mein Unternehmen, sondern die gesamte polnische Wirtschaft boomt, seitdem Polen in der EU ist.

Aufgabe: Vergleichen Sie die Kommentare von Polen und Polinnen zur EU. Welche Unterschiede oder Gemeinsamkeiten können Sie erkennen? Tragen Sie Vor- und Nachteile einer EU-Mitgliedschaft für Polen in die untenstehende Tabelle ein. Wägen Sie daraufhin ab, ob ein „Polexit“ (Austritt Polens aus der EU) sinnvoll wäre oder ob ein Verbleib in der EU doch mehr Vorzüge mit sich bringt.

Vorteile einer EU-Mitgliedschaft für Polen	Nachteile einer EU-Mitgliedschaft für Polen

Arbeitsblatt 3

Posens Oberbürgermeister über die aktuelle Situation in Polen

Der Journalist Florian Hassel (FH) sprach mit Posens Oberbürgermeister Jacek Jaśkowiak über die aktuelle Lage in Polen und seine Haltung zu dem Vorgehen der Regierung. Weitere Verstöße der polnischen Regierung gegen die Rechtsstaatlichkeit und die demokratischen Werte der Europäischen Union (EU) können zu großen Sanktionierungen seitens der EU führen, auf die Polen angewiesen ist. Jaśkowiak ist ein bekannter Lokalpolitiker und gehört der oppositionellen Gruppierung Bürgerkoalition (KO) an.

FH: Auf was müssten Sie verzichten, wenn es wegen der Position Warschaus und Budapests kein Geld der EU mehr geben sollte?

Zum Beispiel auf eine neue Straßenbahnlinie in den Norden von Posen, die unsere permanenten Staus und die Abgase verringern würde. Die kostet allein in der ersten Bauphase rund 100 Millionen Euro, knapp ein Drittel wären EU-Fördermittel. Danach kämen zwei weitere Etappen, die wir auch vergessen könnten. Ebenso ein in Zeiten des Klimawandels wichtiges Projekt zur Regenwassergewinnung und Bewässerung von Parks und Grünanlagen, das wir uns bei den Kollegen in Hamburg angesehen haben. Es würde uns auf zehn Jahre gerechnet 500 Millionen Euro kosten - ohne EU-Zuschüsse wird das nichts. Und auch unsere Unternehmen würden hart getroffen.

FH: Wie bewerten Sie die harte Haltung der Regierung in Warschau?

Das Grundübel ist, dass diese Regierung die EU nur als Kuh ansieht, die man gerne melkt. Dass die EU tatsächlich ein Verband ist, in dem wir auch Pflichten übernommen haben, dieser Gedanke liegt ihr fern. Die Veto-Drohung hat vor allem mit Machtkämpfen innerhalb der Regierung zu tun. PiS-Chef Jarosław Kaczyński kann ohne seinen Koalitionspartner Zbigniew Ziobro, der als Justizminister und Generalstaatsanwalt den Rechtsstaat demontiert hat und hinter dem 18 Abgeordnete stehen, nicht weiterregieren. Und für Kaczyński zählt vor allem die Macht. Ob Polen die Milliarden von der EU bekommt oder nicht, ist für ihn letztlich zweitrangig. Mir ist das peinlich. Wir sind dankbar, in der EU zu sein.

FH: Sie haben EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen am Montag mit 255 anderen Bürgermeistern aus Polen und Ungarn einen Brief geschrieben ...

Wir wollten klarmachen, dass in Polen und Ungarn längst nicht alle so denken wie unsere Regierungen. Wir haben die Veto-Drohung und die Zurückweisung des Rechtsstaatsmechanismus durch unsere Regierungen verurteilt und Präsidentin von der Leyen aufgefordert, endlich die seit einem Jahrzehnt unbehandelte Krankheit der EU zu bekämpfen: demokratische Rückschritte und autoritäre Regierungen, die uns alle als Geiseln nehmen. Außerdem bieten wir an, einen Fonds für polnische und ungarische Städte zu schaffen, die alle EU-Kriterien einschließlich der Rechtsstaatlichkeit gern erfüllen würden. Und es werden bestimmt noch viel mehr Städte: Die 256 Unterzeichner kamen in nur wenigen Tagen zustande.

Aus: „Diese Regierung sieht die EU nur als Kuh an, die man gerne melkt“, Florian Hassel, SZ.de vom 10.12.2020, <https://www.sueddeutsche.de/politik/polen-eu-rechtsstaatlichkeit-interview-buergermeister-1.5142487> (Zugriff: 23.01.2021).

Aufgaben

1. Laut Jaśkowiak ist die Zusammenarbeit Polens mit der EU wichtig für das Land. Was sind die Gründe dafür?
2. Was genau kritisiert der Oberbürgermeister Posens an der polnischen Regierung? Er sagt, die Regierung würde die EU als „Kuh“ ansehen. Was könnte er damit meinen?
3. Mehrere Bürgermeister aus Polen und Ungarn haben sich zusammengeschlossen und einen Brief an die EU-Kommissionspräsidentin geschrieben. Was sprechen sie darin an und was ist das Ziel des Briefes? Gibt es auch in Deutschland Beispiele für „demokratische Rückschritte“ und wenn ja, wie sind diese mit den in Polen zu vergleichen? Diskutieren Sie!

Bearbeitet von Alexander Groborz